

Antrag 53/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ konsequent umsetzen!**

1 2017 verabschiedete die Bundesregierung die Leitlinien
 2 „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden för-
 3 dern“. Trotz der signifikanten Fortschritten, welche in der
 4 Umsetzung der Leitlinien erreicht wurden, besteht weiter-
 5 hin erheblicher Handlungsbedarf, insbesondere in den Be-
 6 reichen Krisenfrüherkennung und -prävention sowie Stra-
 7 tegiefähigkeit. Der Beirat für zivile Krisenprävention hat
 8 in seiner Stellungnahme zum Bericht über die Leitlini-
 9 en einige wichtige Schritte für die Bundesregierung be-
 10 nannt, welche das deutsche Engagement als globaler Ak-
 11 teur in der Krisenprävention und -stabilisierung nachhal-
 12 tiger und strategischer gestalten würden. Wir fordern den
 13 SPD Parteivorstand und die Bundestagsfraktion dazu auf,
 14 sich für die konsequente Umsetzung dieser Empfehlun-
 15 gen einzusetzen.

16

17 Dies umfasst:

- 18 1. Krisenprävention als kohärenter Gesamtansatz der
 19 Bundesregierung in der Formulierung aller politi-
 20 schen Entscheidungen mit außenpolitischem Be-
 21 zug. Dies schließt insbes. Auch wirtschafts-und han-
 22 delspolitische Entscheidungen mit ein, wie die Roh-
 23 stoffstrategie der Bundesregierung sowie krisenprä-
 24 ventative Gesichtspunkte bei der Genehmigung von
 25 Waffenexporten durch den Bundessicherheitsrat.
- 26 2. Eine Einbindung relevanter, bislang jedoch nicht be-
 27 teiligter, Ressorts wie das BMF und das BMWi in kri-
 28 senbezogenen Ressortabstimmungen von der Fach-
 29 ebene bis zur Staatssekretärsrunde.
- 30 3. Eine Erhöhung und Umschichtung der für den Be-
 31 reich Krisenprävention und Friedensförderung zu-
 32 gewiesenen finanziellen Ressourcen zugunsten der
 33 Prävention struktureller Konfliktursachen, der An-
 34 tizipation von Krisen und die resultierende gesell-
 35 schaftliche, wirtschaftliche und politische Transfor-
 36 mation. Besonderes Augenmerk ist hier auf nicht-
 37 traditionelle Krisen wie die Folgen der COVID-19
 38 Pandemie und den globalen Klimawandel zu legen.
- 39 4. Konkrete Zielsetzungen für den Personalausbau –
 40 einschließlich einer konkreten Zielsetzung für den
 41 Anteil von Frauen - bei internationalen Polizeimis-
 42 sionen, von Fachexperten an den deutschen Aus-
 43 landsvertretungen und bei der Förderung zivilge-
 44 sellschaftlicher Ansätze.
- 45 5. Die konsequente Umwandlung und Weiterentwick-
 46 lung des Konzepts zur Kommunikation von Krise-
 47 nengagements, um die notwendige politische und

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

2017 verabschiedete die Bundesregierung die Leitlinien
 „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden för-
 dern“. Trotz der signifikanten Fortschritte, welche in der
 Umsetzung der Leitlinien erreicht wurden, besteht weiter-
 hin erheblicher Handlungsbedarf, insbesondere in den Be-
 reichen Krisenfrüherkennung und -prävention sowie Stra-
 tegiefähigkeit. Der Beirat für zivile Krisenprävention hat
 2021 in seiner Stellungnahme zum Bericht über die Leitli-
 nien einige wichtige Schritte für die Bundesregierung be-
 nannt, welche das deutsche Engagement als globaler Ak-
 teur in der Krisenprävention und -stabilisierung nachhal-
 tiger und strategischer gestalten würden. Wir fordern die
 SPD Bundestagsfraktion und SPD-geführte Ressorts dazu
 auf, sich für die konsequente Umsetzung dieser Empfeh-
 lungen einzusetzen.

Wichtige Schritte umfassen insbesondere:

- Krisenprävention als kohärenter Gesamtansatz der Bundesregierung in der Formulierung aller politischen Entscheidungen mit außenpolitischem Bezug. Dies schließt insbes. auch wirtschafts-und handelspolitische Entscheidungen mit ein, wie die Rohstoffstrategie der Bundesregierung sowie krisenpräventative Gesichtspunkte bei der Genehmigung von Waffenexporten durch den Bundessicherheitsrat.
- Eine Einbindung relevanter, bislang jedoch nicht beteiligter, Ressorts wie das BMF und das BMWi in krisenbezogenen Ressortabstimmungen von der Fach-ebene bis zur Staatssekretärsrunde.
- Eine Erhöhung und Umschichtung der für den Bereich Krisenprävention und Friedensförderung zugewiesenen finanziellen Ressourcen zugunsten der Prävention struktureller Konfliktursachen, der Antizipation von Krisen und die resultierende gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Transformation. Besonderes Augenmerk ist hier auf nicht-traditionelle Krisen wie die Folgen der COVID-19 Pandemie und den globalen Klimawandel zu legen.
- Konkrete Zielsetzungen für den Personalausbau – einschließlich einer konkreten Zielsetzung für den Anteil von Frauen von 50% - bei internationalen Polizeimissionen, von Fachexperten an den deutschen Auslandsvertretungen und bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Ansätze.
- Die konsequente Umwandlung und Weiterentwicklung des Konzepts zur Kommunikation von Krise-

48 öffentliche Unterstützung für ambitionierte Aus-
49 bauziele abzusichern.
50 6. Die finanzielle Einplanung und Umsetzung einer
51 wissenschaftlichen Evaluationen in jedem interna-
52 tionalen zivilen, polizeilichen und militärischen Kri-
53 senengagement Deutschlands um Fehlentwicklun-
54 gen vorbeugen und Verbesserungsmöglichkeiten
55 rasch identifizieren zu können. Insbesondere soll-
56 te die Bundesregierung dringend eine fundierte, al-
57 le Instrumente umfassende Untersuchung der Wir-
58 kungen nach 20 Jahren Afghanistan-Engagement
59 anstoßen.
60
61

nengagements, um die notwendige politische und
öffentliche Unterstützung für ambitionierte Aus-
bauziele abzusichern.
• Die finanzielle Einplanung und Umsetzung einer
wissenschaftlichen Evaluationen in jedem interna-
tionalen zivilen, polizeilichen und militärischen Kri-
senengagement Deutschlands um Fehlentwicklun-
gen vorbeugen und Verbesserungsmöglichkeiten
rasch identifizieren zu können. Insbesondere soll-
te die Bundesregierung dringend eine fundierte, al-
le Instrumente umfassende Untersuchung der Wir-
kungen nach 20 Jahren Afghanistan-Engagement
anstoßen.